Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 9 (1929-1930)
Heft: 3

Artikel: Auf Vorposten der Demokratie : der Kampf um Wien
Autor: Pollak, Oskar
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-330226

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Nichtbeachten des ränkereichen Spieles, das ist der dritte Kasus, der den Kapitalisten lachen macht. Wir streiten um Punkte des Index, die keine anderthalb Prozente ausmachen, der Bauer streitet wider unsern Lohn, derweil zwei der größten aller Welttrusts und monopolistischen Verdiener in unserem Lande den Verband schweizerischer Markenartikelfabrikanten gründen, der zweifellos kein Kegelklub sein wird*. Wir rechnen einander Bruchteile der Löhne und Preise aus und lassen die «alpinsten» Ereignisse unserer Zeit, geschehen sie nun hier oder dort, ruhig wie ein Segelboot durch die Zeiten gleiten. In den Gremien der Banken entscheiden sich die Grundlagen für die Gesetze der künftigen Währung, für Gesetze, die ganz anders als ein Kartoffelzoll unter Umständen den Index jagen. Und wir beide, Bauer und Arbeiter, vernehmen das Nötige von der Agentur. In der Welt fragt man sich, ob «Sofina» nächstes Jahr wieder 100 Prozent bezahlen werde, und man streitet sich, ob *ein* «Aku»-Verwaltungsrat nur 200,000 Mark oder deren 600,000 als jährliche *Tantieme* kriege. Aber wir finden die Distanzen der Weltanschauungen zu astral, um in Dingen der Oekonomie wenigstens in den großen Linien einer gemeinsamen Anschauung zu huldigen.

Keine Frage, die landwirtschaftliche Politik begeht schwere Fehler der Arbeiterschaft gegenüber. Aber unsere Fehler sind auch nicht sehr leicht. Im Schatten dieser Fehler entwickelt sich in ungehemmter Weise, frei von jeder öffentlichen Kontrolle, namentlich das privat-monopolistische Kapital. — Und es erachtet wohl, daß es schon lateinisch deklinieren muß, um auch den letzten Kasus noch zu finden, der es lachen macht.

Auf Vorposten der Demokratie.

Der Kampf um Wien.

Von *Oskar Pollak*, Wien.

Oesterreichs Sozialisten haben durch zehn Jahre, stark und stolz, eine Stellung behauptet, die ein wahrer Vorposten der internationalen Arbeiterbewegung ist. Zwei Stunden östlich von Wien verläuft die Grenze nicht nur Oesterreichs, sondern der Demokratie. Zwei Stunden östlich von Wien gibt es kein Land mit freier Arbeiterbewegung, keines (mit der zeitweiligen Ausnahme von Rumänien), in dem die Möglichkeit freier, demokratischer Wahlen besteht. Von den sechs Nachbarländern

---

* Van den Bergh-Jürgens und Lever Brothers, die jetzt vereinigten Fett- und Seifentrusts.

Oesterreichs sind drei reaktionäre Diktaturen. Nun schlägt die Welle der Reaktion nach Oesterreich herüber. Nun soll der vorgeschobene Posten des internationalen Proletariats, den die österreichische Arbeiterklasse so lange verteidigt hat, zu Fall gebracht werden.

Die gegenwärtige Lage in Oesterreich ist dadurch gekennzeichnet, daß die faschistische Bewegung der *Heimwehren* in einem viel höhern Maß die Oeffentlichkeit beschäftigt, als ihrer tatsächlichen Stärke entspricht. Wenn man die wirkliche Kraft der österreichischen Faschisten messen will, so ergibt sich folgendes: Sie verfügen über eine wirkliche Kampftruppe in der Steiermark, wo sie von den Unternehmern der Stahlindustrie bezahlt und ausgerüstet werden. Sie haben bäuerliche Gefolgschaft in Tirol und in ziemlicher Zahl, wenngleich nur mit halbem Herzen, in Niederösterreich; aber der Bauer ist eine defensive, keine aktive, angreifende Kraft. In Wien stellen sie ein Aufgebot von etwa fünftausend lärmenden, deklassierten Elementen. Mit diesem Häuflein das rote Wien erobern oder den österreichischen Staat beherrschen zu wollen, wäre ein lächerliches Unterfangen — wenn die Heimwehr auf ihre eigenen Kräfte angewiesen wäre. Das aber ist eben der Schlüssel der gegenwärtigen Situation: nicht die Kraft der Heimwehren beherrscht Oesterreich, sondern die *Heimwehrstimmung des österreichischen Bürgertums*, die Angst, Verwirrung und Zersetzung, die die Heimwehrbewegung in die ganze bürgerliche Politik getragen hat, und die sich auch durch die Warnung der wirtschaftlichen Tatsachen — der Zusammenbruch der großen, alten Bodenkreditbank war eine direkte Folge der Beunruhigung und Erschütterung, die die Heimwehrtreibereien im In- und Ausland hervorgerufen haben — nicht beschwichtigen ließ. Es ist der Popanz eines Faschismus, hinter dem in Wahrheit nichts steckt als die Feigheit des Bürgertums und sein Haß gegen die Arbeiter.

Wie eine Lawine ist dieser Haß, diese Heimwehrstimmung hervorgebrochen, die ganze zusammengeballte Wut des Spießbürgers, der zehn Jahre lang zähneknirschend das Dasein des roten Wien ertrug und die Sozialdemokratie von Wahl zu Wahl stärker werden sah. Sie haben es mit allen Mitteln versucht, diesem Wachstum Einhalt zu gebieten, zuletzt mit dem bürgerlichen Block bei den Wahlen, der antisozialistischen «Einheitsliste» des Prälaten Seipel — *vergebens!* Die Sozialdemokratie erhielt bei diesen Wahlen (1927) fast 44 Prozent der abgegebenen Stimmen! Manche sagen, die österreichischen Sozialisten hätten durch allzu laute Betonung ihres Willens zur Macht die Gegner gereizt und herausgefordert; aber welche Partei, die über 44 Prozent der Wählerstimmen verfügt, ruft es nicht laut hinaus, daß es ihr Ziel ist, die demokratische Mehrheit

zu erobern? Andere sagen, die österreichischen Sozialisten hätten durch ihren «Radikalismus» die bürgerliche Welt erschreckt und zur Verzweiflung gebracht. Dumme Lügen! Was die Herren am «Austromarxismus» ärgert, sind nicht die Programme und Reden, es sind die Taten des roten Wien, die große praktische soziale Reformleistung der sozialdemokratischen Stadtverwaltung. Was die faschistische Reaktion auf den Plan gerufen hat, ist nicht die Ideologie des Austromarxismus, es ist die lebendige, von Wahl zu Wahl wachsende Kraft der österreichischen Arbeiterschaft, die rote Zweidrittelmehrheit im Wiener Rathaus!

Gegen sie greift nun das Bürgertum zum letzten Mittel: zur Drohung mit der Gewalt. Freilich wendet sich, wie wir gesehen haben, dieses Mittel zunächst gegen die bürgerlichen Parteien selbst: die Existenz der Heimwehrbewegung ist im Begriff, nicht nur die bürgerliche Einheitsfront, sondern selbst die große, alte, mächtige klerikale (Christlichsoziale) Partei zu zerschlagen! In der Tat bietet diese Partei, die, gestützt auf die Macht der katholischen Kirche, eine 40jährige Geschichte hinter sich hat, ein geradezu klägliches Bild: ein paar aufrechte Demokraten scharen sich um *Kunschak*, den Führer der «christlichen» Arbeitervereine, ein paar schlaue Bauernführer versuchen, mit Verbeugungen vor der Heimwehr, zwischen Faschismus und Demokratie hindurchzulavieren, der rechte Flügel unter Führung des Heeresministers und Vizekanzlers *Vaugoin* aber ist offen zu den Faschisten übergegangen, und Herr *Seipel*, der sich für einige Zeit zurückgezogen hat, macht aus dem Hintergrund Politik auf eigene Faust, die längst nicht mehr eine Politik der Christlichsozialen Partei, sondern höchstens eine Politik des kirchlichen Machtstrebens ist — und das selbst um den Preis, seine eigene Partei zu zerstören. Mag nun die Absicht einzelner dieser Gruppen darauf gerichtet sein, den Heimwehren durch scheinbares Entgegenkommen den Wind aus den Segeln zu nehmen und sie dann bei Gelegenheit beiseite zu schieben, mögen sie meinen, sich des Faschismus bedienen und ihn dann betrügen zu können, oder mag es ihnen ernst damit sein, von der Drohung zur Gewalt, von der Erpressung zum Staatsstreich überzugehen — das Ergebnis dieses ganzen Wirrwarrs ist eine völlige Abdankung der bürgerlichen Politik, soweit sie sich in den bisherigen Parteien verkörpert, eine schmähliche Kapitulation der um ihre Stellen zitternden bürgerlichen Politiker vor der Heimwehr: das ist die eigentliche Gefahr des Augenblicks.

Aus dieser Verwirrung hat die Bourgeoisie den Ausweg gesucht, den der Bürger immer wählt, wenn es drunter und drüber geht: er ruft die Polizei. So ist die *Regierung des Polizeipräsidenten Schober* gerufen worden. Wer aber erwartet

hatte, sie würde sich als wirkliche Regierung der «starken Hand» und der Staatsautorität bewähren, sah sich sofort enttäuscht. Anstatt mit einer Bekundung wirklich unbeugsamen Willens gegen rechts und links einzusetzen und vor allem sofort die «innere Abrüstung», die Entwaffnung und Auflösung der militärischen Organisationen beider Parteien durchzuführen, die die Sozialdemokratie wiederholt gefordert und angeboten hat und ohne die eine innere Befriedung des Landes nicht möglich ist, hat Herr Schober mit einer Verbeugung vor den Heimwehren begonnen, und es hat sich rasch gezeigt, daß er einfach nicht die Kraft hat, die Situation zu meistern — der Mann, der diese Kraft und diesen Mut aufbrächte, hätte mit einem Schlage achtzig Prozent der österreichischen Bevölkerung hinter sich! Statt dessen sieht Herr Schober zu, wie sein Vizekanzler Vaugoin in Versammlungen unerhörte Reden hält, in denen er sich mit den Heimwehren verbrüdert — er, der Minister, mit einer Gewaltorganisation, die sich offen zum Umsturz der demokratischen Verfassung «mit der Waffe in der Faust» bekennt! — und sich deutlich als kommender Kanzler, als Führer einer Heimwehr- und Staatsstreichregierung empfiehlt.

Unterdessen geht der Kampf um die *Verfassungsreform*, ein elendes reaktionäres Machwerk, von kleinlichstem Arbeiterhaß und übelstem Polizeigeist diktiert, das die demokratische Republik weit hinter den Polizeistaat zurückrevidieren möchte. Es wäre müßig, die einzelnen Punkte dieses Projektes erörtern zu wollen: nie war das Wort wahrer, daß es nicht auf den Buchstaben der Verfassung ankommt, sondern auf die hinter ihr stehenden *Machtfragen*. Die Machtfrage der österreichischen Verfassungsreform aber ist: die Bourgeoisie will, die faschistische Drohung als Mittel des Druckes und der Erpressung benützend, *die Stellung und Stärke der sozialdemokratischen Hauptstadt Wien vernichten*. Sie wollen Wien seine finanzielle Selbständigkeit nehmen, sie wollen den 1,8 Millionen Einwohnern Wiens weniger Rechte der Selbstverwaltung geben als den 140,000 Bewohnern Vorarlbergs, des kleinsten der österreichischen Bundesländer. Sie wollen Wien seine Rechte nehmen, um der österreichischen Sozialdemokratie ihre Macht zu nehmen. Der Kampf in Oesterreich ist in erster Linie ein *Kampf um Wien*.

Aber die Bedeutung Wiens, der einzigen sozialistisch verwalteten Millionenstadt Europas, und damit die Bedeutung dieses Kampfes reicht über Oesterreich hinaus. Auf dem jüngst abgehaltenen Parteitag der österreichischen Partei sind die Vertreter der Sozialistischen Internationale erschienen — *C. T. Cramp* für die britische Arbeiterpartei, die am Ruder des

Weltreichs und der Weltgeschichte sitzt, *Wels* für die deutsche Sozialdemokratie, die an der Führung des Deutschen Reiches teil hat, *Bracke* für die französischen Sozialisten, und viele andere — und haben in Worten der brüderlichen Hilfsbereitschaft ausgesprochen, was die Werbekraft des roten Wien für die Arbeiterklasse der ganzen Welt bedeutet. In schwieriger Zeit hat die österreichische Sozialdemokratie ihre Taktik zu bestimmen: sie muß den Boden der Demokratie, der parlamentarischen Verhandlungen zu erhalten suchen und sie muß zugleich ihre ganze Kraft in höchster Bereitschaft halten, die Massen mit stärkstem Kampfgeist, mit der Entschlossenheit zur Verteidigung der Demokratie erfüllen. Der Parteitag hat sich dieser Aufgabe gewachsen gezeigt: nie war die Partei, die mit ihren 750,000 organisierten Mitgliedern in einem Lande von 6 Millionen Einwohnern die relativ stärkste Partei der Internationale ist — jeder vierte erwachsene Mann und jede zehnte erwachsene Frau ist in Oesterreich Mitglied der Sozialdemokratischen Partei — nie war sie einiger, geschlossener und entschlossener als heute. Sie fühlt sich als *Verteidigerin der Demokratie* — und wer sie angreift, wird die Fäuste der österreichischen Arbeiter zu fühlen bekommen.

Aber steckt in dieser Situation nicht so etwas wie ein Widerspruch? Dieser plötzliche faschistische Vorstoß in Oesterreich, diese losbrechende Stimmung der österreichischen Bourgeoisie für die Heimwehren, die weit stärker und gefährlicher ist als ihre wirkliche Kraft — sind sie nicht ein scheinbar unzeitgemäßes Schauspiel in einer Zeit, in der draußen in der Welt die Konjunktur für die Reaktion schlecht ist? Ein Sieg des Faschismus über die österreichische Demokratie — schiene es nicht wie ein Wahnwitz der Geschichte in einer Zeit, der die englische Arbeiterregierung ihren Stempel aufdrückt? Dennoch findet dieser scheinbare Widerspruch seine Erklärung in einem anderen, entgegengesetzten, der ihm historisch vorausgegangen ist: Oesterreich war eben lange Zeit in der Welt das schwächste Land mit der stärksten Arbeiterbewegung, umgeben von Diktaturen ein Bollwerk der Demokratie, inmitten der internationalen Reaktion ein *vorgeschobenes Stück der proletarischen Front.*

Der geschichtliche Sinn der Vorgänge, die sich jetzt in Oesterreich abspielen, ist nun, daß die proletarische Frontlinie im Stellungskrieg des Klassenkampfes gerade an ihrem vorspringenden Stück «korrigiert» werden soll. Die österreichische Sozialdemokratie, die so lange unter den widrigsten Verhältnissen die Kraft einer geschlossenen und den Glanz einer siegreichen Partei bewahrt hat, soll «normalisiert», soll in die allgemeine Linie zurückgezwungen werden, die der wiedererstarkte Kapitalismus in der ganzen Welt dem Klassengegner

aufnötigt. Oesterreich ist das letzte Land, in dem diese *Liquidierung der Revolution von 1918* vor sich geht, und sie ist für die Mitglieder der österreichischen Partei seelisch ein schmerzhafter Prozeß. Aber waren wir ein vorgeschobener Posten und sollen jetzt in die allgemeine Front der internationalen Arbeiterklasse einschwenken, so geschieht es ungeschlagen, mit wehenden Fahnen und in der Erwartung des Tages, der uns und alle wieder vorwärts ruft — zum Sturm.

Das neue Arbeitsrecht in Deutschland.

Von Dr. *M. Gitermann.*

III. Das Schlichtungsinstitut.

Die Träger des Schlichtungswesens sind die «Schlichtungsausschüsse». Sie sind paritätisch aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetzt — unter einem unparteiischen Vorsitzenden, der von der obersten Landesbehörde, nach Anhörung der wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, bestellt wird (Verordnung vom 30. Oktober 1923). Die Schlichtungsausschüsse werden vom Reichsminister nach Bezirken bestellt. Sie übernehmen die Schlichtung in Fällen, die «für das Wirtschaftsleben von besonderer Wichtigkeit sind» — und zwar auf Anruf einer Partei oder «von Amtes wegen». In wichtigen Fällen wird das Verfahren vom Reichsarbeitsministerium selbst übernommen (wie wir es im vorigen Winter im Ruhrkonflikt beobachtet haben). Wird der Schiedsspruch nicht von beiden Parteien angenommen, so kann er für *verbindlich* erklärt werden, «wenn die in ihm getroffene Regelung bei gerechter Abwägung der Interessen beider Teile der Billigkeit entspricht und ihre Durchführung aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen erforderlich ist». An der Verbindlichkeitserklärung der Schiedssprüche wird von radikal gesinnten Arbeitern Kritik geübt, da in manchen Fällen durch einen Streik bessere Resultate, als durch den «verbindlichen» Schiedsspruch, hätten erzielt werden können. Allein das Schlichtungswesen ist eine notwendige soziale Institution, die auf die Kompetenz, einen Schiedsspruch als verbindlich zu erklären, nicht verzichten kann. Insbesondere kann der sozialgesinnte Staat nicht gleichgültig zusehen, wie ein Unternehmerverband durch eine unberechtigte Aussperrung Arbeitermassen mit ihren Familien in namenloses Elend stürzt. Um derartigen sozialen Erschütterungen vorbeugen zu können, müssen die Schlichtungsorgane mit klaren Kompetenzen ausgerüstet und von sozialem Geist beseelt sein.